

Hintergrundinformationen zur DDR (Deutsche Demokratische Republik)



Quelle: Diercke Weltatlas

Geographie

Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) war ein Staat in Mitteleuropa und bestand vom 7. Oktober 1949 bis zum 2. Oktober 1990. Sie wurde von der damaligen Sowjetunion (UdSSR) auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone als Reaktion auf die Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) auf dem Gebiet der so genannten Trizone durch die westlichen Besatzungsmächte (USA, Großbritannien, Frankreich) gegründet. Das Territorium der DDR bestand aus den heutigen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, sowie

dem Ostteil Berlins. Bis zum Inkrafttreten des Grundlagenvertrags 1973 zwischen DDR und BRD wurde die DDR nur durch die Staaten des Ostblocks, nicht aber durch das westliche Ausland anerkannt. Auf Grund eines Beschlusses der 1990 erstmals frei gewählten Volkskammer der DDR trat sie am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei. Mit dem Beitritt endete die Existenz der DDR.

Landeskundliche Fakten

Amtssprache: Deutsch

Hauptstadt: Berlin östlicher Teil, offizielle Bezeichnung in der DDR: Berlin, Hauptstadt der DDR; im Westen: Ost-Berlin

Staatsform: sozialistische Volksrepublik

Staatsoberhaupt: offiziell war der Staatsrat der DDR das kollektive Staatsoberhaupt; protokollarisch wurde aber der Staatsratsvorsitzende als Staatsoberhaupt angesehen.

Fläche: 100.000 km² (Vereinigtes Deutschland: 358.000 km²)

Einwohnerzahl: 16 Mio. (Vereinigtes Deutschland: 83 Mio.)

Bevölkerungsdichte: 151 Einwohner pro km² (Vereinigtes Deutschland: 231)

Währung: Mark der DDR

Religionszugehörigkeit:

Evangelische Kirche (Katholische Kirche):

1950: 80 % (10 %)

1970: 60 % (keine Angaben)

1989: 30 % (5 %)

Eckdaten Geschichte

7. Oktober 1949: fünf Monate nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland wird die DDR von der durch die Sowjetunion eingesetzten Regierung als »sozialistischer Arbeiter- und Bauernstaat« gegründet.

1949: Verfassung der DDR gesteht der Evangelischen Kirche den Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, Recht auf Selbstbestimmung und Unantastbarkeit ihres Eigentums zu.

1952: Ablehnung der Stalinnote (Vorschlag Stalins eines neutralen, aber geeinten Deutschlands) durch die Bundesregierung unter Konrad Adenauer und die Westalliierten. Die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Verstaatlichung der Betriebe werden jetzt massiv vorangetrieben.

17. Juni 1953: In Ost-Berlin kommt es zu Demonstrationen gegen erhöhte Arbeitsnormen, die sich in Teilen des Landes zu Aufständen gegen die Parteidiktatur der SED ausweiten. Diese werden militärisch von den in der DDR stationierten sowjetischen Truppen niedergeschlagen; dabei kommt es zu Todesopfern.

13. August 1961: Bau der Berliner Mauer; Sicherung der Grenzen durch Sperranlagen, Minen, Selbstschussanlagen und gezielt schießende Grenzsoldaten.

Seit 1966: Mit der Ostpolitik der bundesdeutschen Regierung unter Federführung von Willy Brandt (Außenminister 1966–69; Bundeskanzler 1969–74) kommt es zu einer Annäherung zwischen DDR und BRD: Die BRD gibt ihren Alleinvertretungsanspruch auf; die DDR erkennt an, dass die Deutschen ein Volk sind, das lediglich in zwei Staaten lebt.

1968: Neue Verfassung der DDR schränkt die Rechte der Kirche ein: Schutz kirchlicher Aktivitäten nur noch bei Gottesdiensten und gemeinnützigen Tätigkeiten.

Seit 1973: Im Zuge der Entspannungspolitik und unter dem Druck der UdSSR muss die DDR-Regierung Kooperationsangebote an die Evangelische Kirche machen. **1973:** BRD und DDR werden Mitglieder der UNO.

1978: Spitzengespräch über das Verhältnis von Kirche und Staat zwischen Erich Honecker (Staatsoberhaupt) und Bischof Schönherr (Vorsitzender des Evangelischen Kirchenbundes): Honecker anerkennt das »eigenständige Wirken der Kirche als bedeutsamer Faktor des gesellschaftlichen Lebens heute und künftig«.

1980er: Oppositionsgruppen treffen sich unter dem schützenden Dach der Kirchen; Widerstand formiert sich, die Kirche wird zum Sprachrohr der Systemkritiker.

1986: Gründung der Initiative Frieden und Menschenrechte.

19. Januar 1989: Erich Honecker verkündet, dass die Mauer in fünfzig, ja in hundert Jahren noch bestehen bleibt, wenn die Bedingungen, die zum Mauerbau geführt haben, nicht beseitigt sind.

2. Mai 1989: Ungarn öffnet seine Grenze zu Österreich und beginnt mit dem Abbau der Sperranlagen: Ungarn wird für Besucher aus den Ostblockstaaten zum »Schlupfloch« in den Westen. Wahlbetrug bei Kommunalwahlen in der DDR löst weit reichende Proteste aus.

Sommer 1989: Zehntausende fliehen über Ungarn und Österreich oder über Botschaften der BRD in den osteuropäischen Staaten nach Westdeutschland.

7./8. Juli 1989: Der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow plädiert für die »eigenständige Lösung nationaler Probleme« und signalisiert damit die Nicht-Einmischung der Sowjetunion.

7. Oktober 1989: Bei seinem Besuch zum 40. Gründungstag der DDR mahnt Gorbatschow grundlegende Reformen an.

9. Oktober 1989: In Leipzig demonstrieren ca. 100.000 Menschen im Anschluss an das Friedensgebet in der Nikolaikirche. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und die von Honecker enttäuschten Hoffnungen auf freiheitliche Veränderungen führen zu den jetzt regelmäßig stattfindenden Protestdemonstrationen.

18. Oktober 1989: Honecker tritt unter dem Druck der öffentlichen Proteste zurück.

23. Oktober 1989: Auf der Montagsdemonstration in Leipzig rufen ca. 300.000 Menschen: »Wir sind das Volk!«

4. November 1989: In Ost-Berlin demonstrieren über 1 Mio. Menschen.

9. November 1989: Die Berliner Mauer fällt, die Grenzübergänge nach West-Berlin werden geöffnet.

17. November 1989: Die Volkskammer wählt Hans Modrow zum neuen Vorsitzenden des Ministerrates und damit zum Regierungschef. In dessen Amtszeit wurden die Runden Tische zur zweiten demokratischen Diskussionsebene.

18. März 1990: Erste freie Wahlen zur Volkskammer.

3. Oktober 1990: Der Wiedervereinigungsvertrag tritt in Kraft.

Politische Opposition

Der Begriff DDR-Opposition fasst sehr unterschiedliche Formen von Opposition in der DDR zusammen.

Die Bürgerrechtler der DDR traten für eine Reformierung, seltener für die Abschaffung der DDR ein und mussten dafür Überwachung und teilweise Repressionen durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) in Kauf nehmen. Viele von ihnen gründeten während der Wendezeit (1989) politische Parteien und Bürgerbewegungen, wie beispielsweise das *Neue Forum* oder den *Demokratischen Aufbruch*. Nach der Wende schlossen sich Bürgerrechtler unterschiedlichen Parteien an (CDU, SPD, Grüne, PDS) oder blieben parteilos.

Politisch Andersdenkende wurden im flächendeckenden staatlichen Überwachungssystem mit Hilfe der offiziellen und inoffiziellen Einsatzkräfte des Ministeriums für Staatssicherheit beobachtet, um eine öffentliche DDR-kritische Aktivität im Keim zu ersticken. Die politisch motivierte Verfolgung in der DDR reichte von bloßer Einschüchterung über Drangsalierung bis hin zu langjähriger Haft. Folter und Einzelhaft waren in den Untersuchungshaftanstalten

des MfS an der Tagesordnung. Es kam sogar zu Entführungen und Morden im geheimen Auftrag der Stasi.

Religionen

Die größte Rolle spielten die christlichen Kirchen, insbesondere die seit 1969 im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammengeschlossenen acht evangelischen Landeskirchen und, mit weit weniger Mitgliedern, die römisch-katholische Kirche. Es gab auch verschiedene Freikirchen.

Neben christlichen gab es jüdische Gemeinden, sowie vereinzelt ab den 1980er Jahren buddhistische, hinduistische und muslimische Gruppen.

Die religiösen Organisationen waren die einzigen legalen vom Staat unabhängigen Organisationen. Religionsfreiheit war in der DDR in der Verfassung festgeschrieben und wurde formal auch gewährt. Dennoch versuchte die DDR mit unterschiedlichen Methoden den Einfluss der Kirchen zurückzudrängen und vor allem junge Menschen dem kirchlichen Einfluss zu entziehen. Die Politik der DDR konnte aber nicht verhindern, dass die christliche Kirche ein eigenständiger gesellschaftlicher Faktor blieb.